6 LANDESPOLITIK STUTTGARTER ZEITUNG Nr. 54 | Samstag/Sonntag, 6./7. März 2021

Schlagabtausch der Kandidaten

Die StZ empfängt Winfried Kretschmann und Susanne Eisenmann zum Gespräch.

er regiert künftig Baden-Württemberg? Winfried Kretschmann oder Susanne Eisenmann werden die neue Landesregierung führen. Am 14. März entscheiden 7,7 Millionen Wählerinnen und Wähler über den neuen baden-württembergischen Landtag. Sechs Tage zuvor, am Montag, dem 8. März, empfängt die Stuttgarter Zeitung



Landtagswahl Die Entscheidung am 14. März

den Spitzenkandidaten von Bündnis 90/Die Grünen und die Spitzenkandidatin der CDU zum Schlagabtausch. Wer immer die

Regierung im Anschluss bildet, wird vor gewaltigen Herausfordestehen. Wie kommt das

Land durch die Pandemie? Wie geht es danach weiter mit der Wirtschaft, der Bildung oder der Klimapolitik? Und wie viel Handlungsspielraum bleibt der neuen Landesregierung angesichts der hohen Schulden, die in der Coronakrise angehäuft werden?

Sechs Tage vor der Wahl diskutieren der Chefredakteur der Stuttgarter Zeitung, Joachim Dorfs, und die stellvertretende Chefredakteurin Anne Guhlich mit Kretschmann und Eisenmann. Als Leserinnen und Leser der Stuttgarter Zeitung können Sie sich aus erster Hand über Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei den wahlentscheidenden Themen informieren. Wir übertragen die Diskussion von 19 Uhr an live aus der Liederhalle in Stuttgart. Die Aufzeichnung wird auch nach der Diskussion noch abrufbar sein.

// Informationen unter

http://stzlinx.de/livelandtagswahl

CDU fällt weiter hinter Grüne zurück

Wenige Tage vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg fällt die Südwest-CDU in einer neuen Umfrage noch deutlicher hinter die Grünen zurück. Nach einer Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-"Politbarometer", die am Freitag veröffentlicht wurde, kommen die Grünen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann auf 35 Prozent der Stimmen und die CDU nur noch auf 24 Prozent. Im Vergleich zur Umfrage im Februar verliert die Union mit Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann damit vier Punkte, die Grünen legen einen Punkt zu.

Die AfD liegt unverändert bei elf Prozent, die SPD bei zehn Prozent, die FDP gewinnt einen Punkt und klettert auf zehn Prozent. Auch bei den persönlichen Beliebtheitswerten hängte der Amtsinhaber die Herausforderin im Vergleich zu den vergangenen Umfragen noch weiter ab.

70 Prozent der Baden-Württemberger hätten der Umfrage zufolge lieber Kretschmann als Ministerpräsident, nur 11 Prozent würden sich Eisenmann als Regierungschefin wünschen.

Statistik

Zahl der Pleiten im Südwesten sinkt

Trotz der für viele Privatpersonen und Betriebe existenzbedrohenden Coronapandemie hat es im vergangenen Jahr weniger Insolvenzanträge im Südwesten gegeben. Die Zahl der beantragten Firmen-Insolvenzverfahren sank im Jahresvergleich um 5,2 Prozent auf 1724, wie das Statistische Landesamt mitteilte. Noch deutlicher fiel die Zahl der Insolvenzverfahren für Privatpersonen - nämlich um 27 Prozent auf 6086.

Hintergrund dürften mehrere Maßnahmen sein, die die Politik zur Abmilderung der Pandemiefolgen auf den Weg gebracht hatte. So wurde die Insolvenzpflicht im Rahmen der Coronakrise ausgesetzt, obendrein flossen teils üppige Hilfskredite und Zuschüsse. Zum starken Rückgang der Privatinsolvenzen dürfte laut Landesamt ein Gesetz zur Verkürzung der Restschuldbefreiung beigetragen haben. Wenn ein Verbraucher eine Insolvenz anmeldet, winkt neuerdings im Regelfall ein beschleunigter Neuanfang: Betroffene werden dann schon nach drei statt wie bisher nach sechs Jahren von ihren Restschulden befreit.

Coronavirus Wie bewerten die Bürger das Corona-Management der Regierung?

ach einem Jahr der Pandemie ist es fast schon eine Binsenweisheit: Corona legt Schwächen unseres Gemeinwesens offen - vom Lehrermangel bis zu digitalen Lücken. Das Virus ist nicht nur für jeden Einzelnen ein Stresstest, sondern auch für Institutionen und Politik.

Wenige Tage vor der Landtagswahl geht der "BaWü-Check", eine gemeinsame Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, deshalb der Frage nach, wie die Menschen die Lage beurteilen. Wie schlagen sich Landesregierung und Opposition? Wo klemmt es? Welche Sorgen gibt es neben Corona? Die Untersuchung, für die das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) vom 19. bis 26. Februar mehr als 1000 Personen online befragt hat, gibt auch Aufschluss über den Stellenwert der regionalen Tageszeitungen.

Passables Krisenmanagement, • doch vielerorts klemmt es

Je länger die Pandemie dauert, desto unduldsamer werden die Menschen. Diese Erfahrung machen Demoskopen allerorten. Die Landesregierung kommt im Urteil der Bürger vergleichsweise positiv weg: Immerhin attestieren ihr 54 Prozent gute oder sogar sehr gute Arbeit. 37 Prozent äußern sich kritisch, neun Prozent sind unentschieden. Die Umfrage geht aber auch ins Detail: "Während die höheren Bildungsschichten überdurchschnittlich eine positive Bilanz ziehen, über die



Bildungseinfachen schichten, die oft auch überdurchschnittlich von den Kollateralschäden der Pandemie betroffen sind, überdurchschnittlich Kritik", sagen die Meinungsforscher. Auch die Eltern schulpflichtiger Kinder

sind weniger zufrieden. Eine deutliche Mehrheit hat außerdem den Eindruck, dass die Effizienz von Staat und Verwaltung zu wünschen übrig lässt. So sehen mehr als zwei Drittel Probleme beim Digitalunterricht und bei der Auszahlung von Wirtschaftshilfen, 65 Prozent sind mit der Organisation von Impfterminen unzufrieden, 45 Prozent mit der Erreichbarkeit von Behörden. Rund die Hälfte meint außerdem, der Coronapolitik eher ohnmächtig gegenüber zu stehen.

Die Schuldenbremse soll

So viele Kredite wie im vergangenen Jahr hat sich Baden-Württemberg noch nie auf einen Schlag genehmigt: fast 14 Milliarden Euro. Immerhin bewegt sich das Land damit noch im Rahmen der Schuldenbremse, eine Vorschrift, die in Notsituationen erlaubt, dass der Staat sich am Kreditmarkt bedient. Sollte man diese Politikern erhobene Forderung lehnt eine deutliche Mehrheit der Baden-Württemberger ab. 60 Prozent sprechen sich vielmehr dafür aus, die Schuldenbremse beizubehalten. Lediglich 17 Prozent plädieren für eine Beseitigung, knapp ein Viertel traut sich kein Urteil zu. Frauen sprechen sich übrigens eher als Männer für die Beibehaltung der Schuldenbremse aus, die 60-Jährigen und Älteren mehr als die Generation ihrer Kinder und Enkel.

Kurz vor der Landtagswahl liegt es nahe. die Menschen um eine Gesamtbewertung zu bitten. "Was meinen Sie: War die Politik der grün-schwarzen Landesregierung bis jetzt alles in allem erfolgreich oder nicht erfolgreich?", lautete die Frage.

Die grün-schwarze Bilanz ist durchwachsen

An der Antwort können sich die Bündnispartner nicht gerade berauschen. Gerade mal 32 Prozent bewerten die grünschwarze Politik als erfolgreich, 26 Prozent als nicht erfolgreich. Ein hoher Anteil der Bürger (42 Prozent) traut sich kein Urteil zu. Die Demoskopen leiten aus diesem Umstand ein grundsätzliches Problem ab: "Die Bundespolitik erreicht auf weitaus mehr Feldern die Aufmerksamkeit der Bürger als die Landespolitik, die oft nur selektiv an einzelnen Problemfeldern oder besonderen Herausforderungen wie der aktuellen Pandemie wahrgenommen wird", so die Meinungsforscher.

Die meisten Beschlüsse einer Landesregierung seien den Bürgern in der Regel nicht bekannt, wie sich Landespolitiker auch schwer täten, einen hohen Bekanntheitsgrad zu erreichen - ein Befund, der sich im Lauf der Umfrage bestätigten sollte. Das gilt auch für die Opposition: Wenn die Bürger gefragt werden, welche der drei Parteien in den vergangenen fünf Jahren am aktivsten war - SPD, AfD oder FDP -, dann trauen sich 30 Prozent kein Urteil zu. Weitere 25 Prozent empfinden keine als besonders aktiv. Diejenigen, die eine klare Vorstellung von der Aktivität der Opposition haben, empfinden mit Ab-



den Kampf gegen das Virus. Von A. Rieger

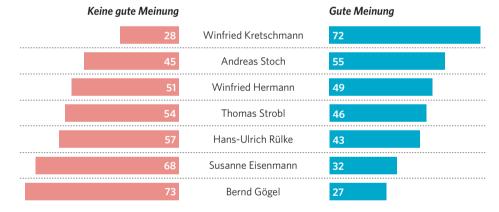


Dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, rangiert in der politischen Agenda der Menschen weit oben. Fotos: dpa/Alissa Eckert/Dan Higgins/Sebastian Gollnow

POPULARITÄTSWERTE

Hier noch einmal die Politiker und Politikerinnen aus Baden-Württemberg, die Sie kennen. Von welchen haben Sie eine gute Meinung und von welchen keine?

Angaben in Prozent



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

KRISENMANAGEMENT

Wie bewerten Sie speziell die Arbeit der Landesregierung in der Corona-Krise: Würden Sie sagen, hier leistet sie ..



REGIONALZEITUNGEN

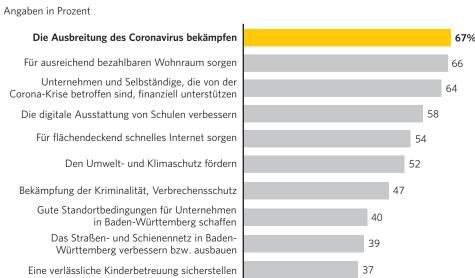
Wie gut fühlen Sie sich durch Ihre regionale Tageszeitung alles in allem informiert?



DIE AKTUELLE AGENDA DER BÜRGER

Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern?

Angaben in Prozent



stand die SPD als am aktivsten (25 Prozent). Es folgt die AfD mit elf Prozent, die FDP erreicht neun Prozent.

Wie Bürger die ■ Politiker einstufen

Neben dem Ministerpräsidenten gibt es in Baden-Württemberg - wie auch in anderen Bundesländern – nur wenige Landespolitiker, die einen hohen Bekanntheitsgrad erreichen. Diese Erfahrung bestätigt sich in der aktuellen Umfrage. Winfried Kretschmann erreicht 92 Prozent, auf dem zweiten Rang liegt Susanne Eisenmann mit 63 Prozent, es folgt Thomas Strobl mit 59 Prozent. Winfried Hermann (39), Andreas Stoch (30), Hans-Ulrich Rülke (22) und Bernd Gögel (12) sind nur einer Minderheit ein Begriff.

Und wie beliebt sind die genannten Politiker? Die Meinungsforscher weisen zurecht darauf hin, dass sie die Popularitätswerte immer nur bei jenen Bürgern ermitteln können, denen der erwähnten Politiker überhaupt ein Begriff ist.

Der amtierende Ministerpräsident erhält das beste Zeugnis: 72 Prozent haben eine "gute Meinung" von ihm, nur 28 Prozent sehen ihn kritisch. Von den übrigen Politikern erhält lediglich Andreas Stoch von der Mehrheit derjenigen, die ihn kennen, positive Noten: 55 Prozent haben von ihm eine "gute Meinung", 45 Prozent bewerten ihn kritisch. Bei allen anderen Politikern überwiegen die kritischen Urteile. Susanne Eisenmann zum Beispiel wird von 32 Prozent derjenigen, denen sie ein Begriff ist, positiv bewertet, von gut zwei Dritteln kritisch.

Was ist den Menschen • überhaupt wichtig?

Die Bekämpfung der Pandemie steht in den Augen der Bevölkerung nach wie vor an der Spitze der Agenda: 67 Prozent rechnen sie zu den "wichtigsten Aufgaben, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern". Gleich danach folgt mit 66 Prozent aber ein Aufgabenfeld, das mit Corona nichts zu tun hat: "Für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen." 64 Prozent nennen die Unterstützung von Unternehmen, die von der Krise betroffen sind, 58 Prozent die Verbesserung der Digitalausstattung der Schulen.

Genau 54 Prozent halten es für die Zukunft des Landes für besonders wichtig, flächendeckend schnelles Internet bereitzustellen. Umwelt- und Klimaschutz zählen 52 Prozent zu den wichtigsten Aufgaben. Warum so wenig? "Es ist davon auszugehen, dass die Bürger Umwelt- und Klimaschutz wieder größere Bedeutung beimessen, sobald bei der Bekämpfung der Pandemie große Fortschritte erzielt werden", sagen die Meinungsforscher.

Frauen sehen vieles

Männer und Frauen setzen bei der Agenda auffällig andere Prioritäten. So messen deutlich mehr Frauen (72 Prozent) als Männer (60 Prozent) der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum große Bedeutung bei. Das gilt auch für die Aufgabe einer "verlässlichen Kinderbetreuung". Umgekehrt halten Männer die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet, gute Standortbedingungen für Unternehmen, die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur oder die Förderung des wissenschaftlichen Fortschritts für wichtiger.

Gute Noten für regionale Tageszeitungen

Die regionalen Tageszeitungen sind für die Bürger eine wichtige Informationsquelle. Der Umfrage zufolge lesen 37 Prozent täglich oder fast täglich ihre Regionalzeitung, weitere 29 Prozent ab und zu. Lediglich 13 Prozent greifen nie zu einem solchen Blatt, um sich zu informieren. Das Nutzungsverhalten ist je nach Alter unterschiedlich: So macht der Anteil der regelmäßige Leser bei den Unter-30-Jährigen lediglich 15 Prozent aus, bei den 45- bis 59-Jährigen sind es 41 Prozent, bei den 60-Jährigen und Älteren hingegen 55 Prozent. Immerhin sagen aber 41 Prozent der Unter-30-Jährigen, dass sie "ab und zu" zur regionalen Tageszeitung greifen.

Diejenigen, die sie oft oder sporadisch nutzen, stellen ihr überwiegend ein gutes Zeugnis aus: 74 Prozent fühlen sich gut oder sehr gut informiert. Lediglich 17 Prozent äußern sich kritisch. Von den Unter-30-Jährigen bewerten 68 Prozent ihre Regionalzeitung positiv, von den 45- bis 59-Jährigen dagegen 77 Prozent und von den Über-60-Jährigen 79 Prozent.

// BaWü-Check

78 Tageszeitungen fragen nach den Topthemen des Landes. Die repräsentativen Antworten liefert unser BaWü-Check in mehreren Teilen bis zur Landtagswahl.

Grafiken: Krause, Locke

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6161